

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 81 (1987)
Heft: 2

Nachwort: Worte
Autor: Castro, Emilio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dern ein befristetes Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge in der Schweiz, ein sog. Asyl auf Zeit. Heute schafft der Bund dieses Asyl auf Zeit mit administrativen Tricks, indem er z.B. den ablehnenden Entscheidung der ersten Instanz den Betroffenen nicht eröffnet, wodurch diese nicht rekurrieren können. Solange aber ihr Fall pendent bleibt, müssen sie die Schweiz nicht verlassen.

NW: *Sollte das revidierte Asylgesetz tatsächlich durchkommen, würde dann die Frage des Kirchenasyls und des Widerstandsrechts nicht noch sehr viel aktueller, als sie es heute schon ist?*

Schädelin: Gewiss würden das neue Asylgesetz und seine harte Handhabung den Gewissenskonflikt vieler Menschen noch verschärfen. Auch die Kirchen garieten in dieser Frage in immer grössere Distanz zum Staat. An vielen Orten der Schweiz würden sich Kirchgemeinden entschliessen, abgewiesenen Asylbewerbern tatsächlich Kirchenasyl zu gewähren. Es könnte sogar soweit kommen, dass Schweizerinnen und Schweizer sich verpflichtet fühlten, Flüchtlinge selber über die Grenze zu holen, damit diese nicht in der ganzen Maschinerie von Grenztoren, Lagern usw. hängen bleiben. Es besteht die begründete Gefahr, dass viele Flüchtlinge ihr Asylgesuch gar nicht mehr stellen könnten, weil sie zuvor schon zurückgeschickt würden. Es ist ja

vorgesehen, dass beim Grenzübertritt von Flüchtlingen die zuständigen Beamten nur noch telefonisch mit den höheren Stellen in Bern Kontakt aufnehmen müssten; so gäbe es überhaupt keine Kontrolle mehr.

Die harte Gangart wird also die Vertrauenskrise zwischen Kirche und Staat in dieser Sache noch verschärfen.

NW: *Also müsste man dieses absehbare Szenario auch als Warnung in den Referendumskampf einbringen.*

Schädelin: Ja, man müsste vor allem die Parteien, die in dieser Sache einen grossen Einfluss haben, dringend warnen. Sie verschärfen die Situation nur, wenn sie die Revision des Asylrechts unterstützen. Die Revision wird nur eine Vergrösserung der Kluft und eine zusätzliche Polarisierung bringen, sonst gar nichts. Davon bin ich überzeugt. Es wird vermehrt solche Situationen geben wie in Zürich-Seebach, in Genf, in Lausanne oder in Bern. Auch an den Grenzen selbst wird es zu harten Auseinandersetzungen kommen. Das alles wird unserem Staat sehr, sehr abträglich sein.

NW: *Jacob Schädelin, ich danke Ihnen für dieses Gespräch, das bestimmt auch unseren Leserinnen und Lesern Mut machen wird, für die Flüchtlinge, diese «Boten einer Welt in Unordnung», einzustehen.*

Es gibt eine lange christliche Tradition zivilen Ungehorsams, und es wäre für die Kirche sehr schwierig, diese Möglichkeit aufzugeben, weil sie von der Bibel selbst herkommt und es klare Beispiele dafür im Neuen Testament gibt. Aber die natürliche Konsequenz dieser Gehorsamsverweigerung ist die Bereitschaft der Kirche und der Christen, den Preis zu bezahlen mit den Leiden, die solche Situationen begleiten. Wir beanspruchen für Christen und Kirchen keine Position über dem Gesetz. Hingegen halten wir sowohl für Christen als auch für Kirchen die Verpflichtung aufrecht, dem Gesetz in jenen – hoffentlich seltenen – Umständen den Gehorsam zu verweigern, die zu einem Gewissenskonflikt führen, der nicht durch einfaches Nachgeben gelöst werden kann.

(Emilio Castro, Generalksekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, an der Ökumenischen Konferenz zu Flüchtlings- und Asylfragen vom 27. April bis 2. Mai 1986 in der Paulus-Akademie Zürich)
